



Mannschaften der libanesischen Armee auf einem Panzer beim Einmarsch in Sidon. (Bild afp)

## Einzug der libanesischen Armee in Sidon Die PLO verweigert die Ablieferung ihrer Waffen

Beirut, 1. Juli. (afp) Die libanesischen Armee ist am Montag morgen mit rund 6000 Mann in die südlibanesischen Hafenstadt Sidon eingedrückt, um nach 16jähriger Herrschaft verschiedener Milizen auch hier die staatliche Autorität wiederherzustellen. Beim Versuch, die irregulären Kräfte zu entwaffnen, stiess die Armee allerdings auf einigen Widerstand.

A. H. Nikosia, 1. Juli

Die reguläre libanesischen Armee ist mit etwa 6000 Mann, unterstützt von Panzern, am Montag vormittag in die Stadt Sidon eingezogen. Die Soldaten waren schon am Sonntag bis auf drei Kilometer an die Stadt herangerückt; eine Vorhut drang noch gleichentags ins Zentrum vor. Die Bevölkerung empfing die Truppen mit Reis und Rosenwasser. Die lokale Miliz der sogenannten *Nasseristischen Volkskräfte* erklärte sich mit dem Einmarsch einverstanden, hat jedoch ihre Waffen bis jetzt noch nicht abgeliefert. Ihr Führer, *Mustapha Saad*, erklärte, man brauche diese, um sich gegen die Israeli und die von ihnen finanzierte *Südlibanesischen Armee* zu verteidigen, die den über Sidon gelegenen Flecken *Jezzine* besetzt halten und erst kürzlich wieder Sidon einmal beschossen haben.

### Jezzine als Störfaktor

Auch die Palästinenser erklärten sich bereit, die Besetzung des Südens durch die reguläre Armee zu dulden und sogar zu fördern. Doch sie weigerten sich, ihre Waffen abzugeben und die Armee in

## Israelische Befürchtungen über erneute Raketenangriffe

Reaktion auf die Angaben über geheime irakische Waffenpotentiale

gzz. Jerusalem, 1. Juli

Mit jeder neuen Nachricht über die Versuche Saddam Husseins, das irakische Potential an Massenvernichtungswaffen den internationalen Kontrollorganen zu verheimlichen, wachsen in Israel die Befürchtungen vor einer neuen Zuspitzung der Lage. In der Sitzung des Kabinetts am Sonntag gab Minister Olmert seiner Verbitterung über die andauernde Bedrohung durch den Irak Ausdruck. Es sei zu hoffen, dass die Amerikaner den irakischen Angaben kein Vertrauen schenken, sagte Olmert. Auch wäre es wünschenswert, wenn die amerikanische Luftwaffe den Ambitionen Saddams mit ihrer Luftwaffe ein schnelles Ende bereiten würde – so wie es vor zehn Jahren Israel mit der Zerstörung des irakischen Atomreaktors *Osirak* demonstrierte. Allerdings ist sich die israelische Bevölkerung bewusst, dass in einem solchen Fall ein irakischer Verzweigungsschlag mit Scud-Raketen gegen Israel keineswegs auszuschliessen ist. Denn trotz der angekündigten Verschrottung der etwa 150 irakischen Scud-Raketen glaubt man nicht, dass damit die ballistische Kapazität des Iraks erschöpft ist. In einer von der Zeitung *«Ha'aretz»* veröffentlichten Analyse des Militärexperten Ze'ev Schiff wird darauf hingewiesen, dass es in einem derart grossen Land wie dem Irak kein Problem ist, Raketen und Abschussrampen in grossen Mengen versteckt zu halten.

Ein irakischer Angriff während der Sommermonate würde die israelische Bevölkerung *unvorbereitet* treffen und könnte verheerende Auswirkungen haben. Die meisten antibalistischen Raketenbatterien des Typs Patriot, die trotz ihrer unstrittenen Erfolgsquote während des Golfkriegs eine sehr beruhigende Wirkung auf die Zivilbevölkerung hatten, sind unterdessen abgezogen worden. Die hohen Sommertemperaturen verunmöglichen einen längeren Aufenthalt in abgedichteten Zimmern bei aufgesetzter Gasmaske oder – für Säuglinge – in luftdichten Plastizellen. Es ist zu vermuten, dass die israelische Armee auf einen irakischen Angriff heute unverzüglich mit einem *Gegenangriff* reagieren würde. Dass die zu grossen Risiken bereiten israelischen Truppen dies mit mehr Erfolg vollbringen könnten als die Amerikaner, die sich darauf beschränken, vermutete Scud-Stellungen aus grosser Höhe zu bombardieren, wird hier nicht in Frage gestellt.

den Lagern Ain-al-Helwe und Miye-Miye, östlich von Sidon, zuzulassen, die sie beherrschen. Sie haben gewisse Stellungen, die sie ausserhalb der Lager besetzt hielten, der Armee übergeben; andere aber behalten sie unter Kontrolle, weil sie für den Abwehrkampf gegen die Südlibanesischen Armee und die Israeli wichtig seien.

### Politische Absichten

Zwischen palästinensischen Bewaffneten, denen auch gewisse fundamentalistische Kampfgruppen helfen, und der Armee soll es zu Wortgefechten gekommen sein. Bis zum Montag nachmittag wurden aber keine Kämpfe gemeldet. Wahrscheinlich wird die Armee zunächst alle Posten besetzen und sich in ihren neuen Stellungen einrichten. Allerdings beharren beide Seiten, die Palästinenser mit ihren fundamentalistischen Verbündeten einerseits und die Armee andererseits, auf ihren Standpunkten. Die Palästinenser haben sich in früheren Jahren in Südbeirut blutige Kämpfe mit den Amal-Milizen geliefert, um sich das Recht, die Lager selbst zu verteidigen, zu sichern. Die Armee und die Regierung von Beirut, die hinter ihr steht, erklären, sie seien bereit, mit den Palästinensern über die Art und Weise zu verhandeln, wie diese ihre Waffen abgeben wollten. Doch sie scheinen entschlossen, eine Entwaffnung der Palästinenser schrittweise durchzuführen. Hinter Beirut steht die Regierung von Damaskus. Verteidigungsminister *al-Murr* und Landwirtschaftsminister *Dallouf* begaben sich am Sonntag nach Damaskus, um eine letzte Lagebesprechung mit dem syrischen Vizepräsidenten *Khaddam* zu führen.

Beirut und Damaskus wollen nicht auf die Entwaffnung der Palästinenser verzichten, weil eine Ausnahmeregelung bei andern Milizen neue Forderungen wecken würde. Ausserdem besteht der politische Plan, möglichst rasch in der Uno den

### Wiedergefundene Einheit zum Abschluss des PSI-Kongresses

## Italiens Sozialisten in Wartestellung

Der Kongress der italienischen Sozialisten in Bari ist mit einer Warnung des Parteichefs Craxi an Ministerpräsident Andreotti zu Ende gegangen. Craxi übergibt die verschiedenen inneren Schwierigkeiten und forderte den Regierungschef zu einer klaren Stellungnahme zu den Reformvorstellungen von Präsident Cossiga auf.

R. St. Bari, 30. Juni

Mit einer geschickten Regie hat es der italienische Sozialistenführer Bettino Craxi verstanden, seine parteiinternen Widersacher zum Verstärken zu bringen und bei einem weiteren Publikum die Rückschläge der letzten Wochen vergessen zu machen. Während zweier Tage liess Craxi der Kritik an seinem Führungsstil und an der geringen Aufmerksamkeit gegenüber den jüngsten Veränderungen im linken politischen Spektrum freien Lauf; danach schien sich der kritische Gehalt des zunächst mit viel Applaus aufgenommenen Widerspruchs in der Gluthitze der Messehalle von Bari förmlich zu verflüchtigen. Nachdem treue Craxianer wie der stellvertretende Ministerpräsident *Martelli* einige Fehlentscheidungen in der Partei geisselt und sich selbst von Schuld nicht ausgenommen hatten, waren die Delegierten weitgehend zufriedengestellt.

### Kritik von links

Der linke Flügel, der eine Öffnung gegenüber den *Ex-Kommunisten* des PDS angestrebt hatte, verzichtete darauf, ein eigenes Kongressdokument zur Abstimmung zu bringen. Seine wichtigsten Repräsentanten hatten sich davon überzeugt lassen, dass vor einer Allianz mit den Linksdemokraten die *Einheit unter den Sozialisten* hergestellt werden müsse und dass eine Fraktionierung der eigenen Partei diesem Vorhaben abträglich

## Symptomtherapie am jugoslawischen Krisenherd

Mit der im zweiten Anlauf erzielten Vereinbarung über die Beendigung der Kämpfe in Slowenien haben sich die drei Abgesandten der EG befriedigt auf den Heimweg gemacht. Die Absprache ist verbunden mit einer Einigung über die Wahl des Vorsitzenden des jugoslawischen Staatspräsidiums und mit slowenischen und kroatischen Zusicherungen über ein einstweiliges Stillhalten auf dem Weg zur vollständigen Unabhängigkeit. Inzwischen ist die von Serbien bisher verhinderte Wahl des Kroaten *Mesic* erfolgt, der dem verfassungsmässigen Turnus gemäss an der Reihe war. Allerdings bleibt dabei völlig zweifelhaft, welche Rolle dieses Gremium, dem nach der Verfassung das Oberkommando über die Armee zusteht, bei der Behebung der Krise und bei der nun fälligen Rekonstruktion des jugoslawischen Staatswesens noch zu spielen vermag. Mit einem Befürworter der kroatischen Unabhängigkeit an der Spitze, gegen den sich das serbische Lager seit dem 15. Mai gestäubt hatte, dürfte es jedenfalls keine Rückkehr zum alten Bundesstaat titolistischen Musters geben.

Über den Rückzug der Armee werden zurzeit noch Detailgespräche geführt. Rückzug in die Kasernen bedeutet offenbar auch *Abzug der Grenze*. Damit ist der Versuch, im Auftrag der Bundesregierung die Grenzposten und Zollstellen in Besitz zu nehmen, *gescheitert*. Grund dafür war offensichtlich der unerwartet starke Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung, die sich durch den Einsatz von Panzern und Flugzeugen nicht abschrecken liess. Mit diesem Widerstand hat Slowenien seine Unabhängigkeitserklärung untermauert und sich als *Gesprächspartner* der Europäischen Gemeinschaft etabliert – ein Erfolg, der durch die dreimonatige Aussetzung weiterer Rechtsakte zur Ausgestaltung der Unabhängigkeit kaum geschmälert wird.

Zu den europäischen Hauptstädten wird zurzeit lebhaft darüber gestritten, ob nicht die neuen Demokratien in den Teilrepubliken Slowenien und Kroatien *schon früher politische Unterstützung* hätten erhalten sol-

len. Es heisst nun, das Beharren auf der Belgrader Bundesregierung als einzigem Gesprächspartner habe diese zum Versuch *ermutigt*, das Streben nach Unabhängigkeit mit Hilfe der Armee zu unterdrücken. In den letzten Tagen ist angesichts der dramatischen Fernsehbilder aus Slowenien die explosive Situation in Kroatien in den Hintergrund der Aufmerksamkeit gerückt. Dort haben serbische Nationalisten den kroatischen Anspruch auf Unabhängigkeit mit einer eigenen Unabhängigkeitserklärung für die *«Krajina»*, das mehrheitlich von Serben bewohnte Gebiet Kroatiens, beantwortet. Bewaffnete Zivilisten führen einen Kleinkrieg gegen die mobilen Spezialeinheiten der kroatischen Polizei, die die Autorität ihres Staates aufrechtzuerhalten suchen.

In Kroatien ist – im Gegensatz zu Slowenien – die *Partie noch nicht beendet*. Es besteht nach wie vor die Gefahr eines nicht mehr kontrollierbaren *Bürgerkriegs* zwischen Serben und Kroaten, in den auch die Armee hineingezogen werden könnte. Diese wird schon jetzt von kroatischer Seite beschuldigt, ihre Schutzfunktion einseitig zugunsten der serbischen Nationalisten in der *«Krajina»* auszuüben. Angesichts dieser kritischen Situation wäre es vermessen, wenn die europäischen Regierungen sich, wie ihnen dies zurzeit von einem Chor aufgeregter Stimmen nahegelegt wird, im Namen der Demokratie voll hinter die Regierungen von Ljubljana und Zagreb stellen wollten. Sie würden damit riskieren, die Krise nur noch zu *verschärfen*. Mahnungen zur Vernunft und Warnungen vor dem Rückgriff zu den Waffen, auch Drohungen mit dem Entzug jeder Hilfe können vielleicht, im Verein vortragen, doch noch der Einsicht zum Durchbruch verhelfen, dass weitere Kriegshandlungen niemandem etwas nützen. Einseitige staatliche Parteinahme könnte dagegen, bei aller *Sympathie*, die der demokratische Neuanfang in den westlichen Teilrepubliken Jugoslawiens verdient, die eine oder die andere Seite zu einer intransigenten Haltung verleiten und einvernehmliche Lösungen *erschweren*.

C. K.

Abzug der Israeli aus dem besetzten Grenzstreifen und aus der nördlichen *«Verlängerung»* jenes Streifens mit dem Städtchen Jezzine zu fordern. Dies soll entsprechend der *Sicherheitsratsresolution 425* aus dem Jahre 1978 geschehen, die den Abzug der Israeli aus Libanon verlangt. Eine solche Forderung kann jedoch nur glaubwürdig wirken, wenn die libanesischen Regierung versichern kann, sie vermöge den ganzen Süden bis zur israelischen Grenze zu kontrollieren und bürge für die Sicherheit in diesem Gebiet.

### Feuergefechte

Sidon, 1. Juli. (afp) Am Montagabend ist es bei Sidon nach übereinstimmenden Berichten verschiedener Quellen zu Feuergefechten zwischen der Armee und Kämpfern fundamentalistischer Milizen sowie der palästinensischen Befreiungsorganisation gekommen. Im Verlauf ihrer Operationen nahm die Armee 60 Freischärler fest.

### Präsidialsystem als Paradeferd

In seiner Schlussrede bekannte sich Craxi ausdrücklich zu den von Präsident Cossiga vorgelegten Grundzügen einer Verfassungsreform. Cossiga geht zwar nicht so weit, das Präsidialregime als Allheilmittel auszugeben, aber er trifft sich mit Craxi und den Sozialisten in dem Punkt, dass er den Entscheid über eine Reform des Regierungssystems dem Volk übertragen will. Ministerpräsident Andreotti hat die Botschaft Cossigas an das Parlament nicht gegengezeichnet und – im Verein mit anderen Christdemokraten – seine Opposition gegenüber der präsidialen Auffassung von der Volkssouveränität kundgetan. Die Überhöhung der Weisheit des Volkes, das Insistieren auf das Volk als höchste Quelle des Rechts, erinnere ihn an *Libyen*, soll Andreotti gesagt haben. Craxi forderte den Ministerpräsidenten mit Vehemenz auf, seine Auffassung von der höchsten Instanz im demokratischen Staat zu überprüfen und zu erklären, warum er die Botschaft des Präsidenten nicht unterzeichnen wollte. Wenn sich der Gegensatz zwischen Cossiga und der DC nicht beilegen lasse, stünden die Sozialisten eindeutig auf seiten Cossigas. Mit dieser Drohung liess er das Damoklesschwert einer Regierungskrise über Andreotti Haupt schweben. Wann der Seidenfaden reisst, vermag niemand zu sagen.

### Studentenproteste in Kenya

Nairobi, 1. Juli. (afp) Bei Unruhen an der *Moi-Universität* im Nordwesten Kenyas ist ein Student von der Polizei erschossen worden. Dies berichtete die Presse des Landes am Montag. Um weitere Proteste zu verhindern, schlossen die Behörden daraufhin die Universität bis auf weiteres. Die Studenten in Kenya protestieren seit dem letzten Freitag an allen Universitäten des Landes gegen die angekündigte generelle Studiengebühr.